ARCHIV

★ ANTIFA ★ JUGENDINFO

Antifaschistische Jugend-Zeitung

Ausgabe Hamburg Nr. 6 März 91 Preis 0,50,-



Eisenbahner. Mund und rechte Hand ab. Unterkiefer zerrissen.

Here we go again...

Nun haltet Ihr also die 6. Ausgabe des ANTIFA-JUGENDINFO's in Euren Händen. Wegen der aktuellen Ereignisse haben wir uns entschlossen, in dieser Ausgabe hauptsächlich zum Krieg am Golf und der aktuellen Situation in der Hafenstraße Stellung zu nehmen. Das, so werden einige von Euch wohl jetzt sagen, hat wohl wirklich nicht viel mit "Antifa" zu tun. Wir meinen schon!

Unser Anspruch ist nicht nur, "Gegen Nazis" zu sein, sondern allgemein auf faschistische und autoritäre Entwicklungen in dieser Gesellschaft hinzuweisen.

Die Hafenstraße ist in ihrem fast 10jährigen Bestehen ein Ort geworden, wo Menschen versuchen, gegen die Interessen der Herrschenden ihre Vorstellungen von einem besseren Leben durchzusetzen und zu verwirklichen. Zwar können wir uns nicht alle vorstellen, selber so zu leben; und einige von uns stimmen auch mit der politischen Linie der Hafenstraße absolut nicht überein. Trotzdem ist sie ein Teil von uns und unserem Widerstand, und deswegen wollen wir die Fehlinformationen und Lügen von PolitikerInnen und großen Teilen der Presse nicht hinnehmen. Ein Angriff auf einige von uns ist ein Angriff auf uns alle.

Mit dieser Ausgabe wollen wir ein Gegengewicht zur Kriegsberichterstattung bilden und über die Hintergründe dieses Krieges, der schon jetzt viele tausend Tote und eine Umweltkatastrophe mit sich gebracht hat, informieren.

Vorher möchten wir Frau Raab, Herrn Hackmann, der Bild-"Zeitung" und all den anderen noch sagen:
WIR JUGENDLICHEN WERDEN NICHT MANIPULIERT, SONDERN WIR HABEN UNSEREN EIGENEN KOPF ZUM DENKEN!

Wir würden uns im übrigen über inhaltliche Kritik von Euch, für die wir diese Zeitung schließlich machen, freuen.
Eure Jugendinforedaktion



Es wird der Eindruck vermittelt, als würde ein technisch perfekter Krieg gegen rein militärische Ziele geführt. Dabei geht es hier nicht um Humanität gegenüber der Zivilbevölkerung, sondern nur darum, den Krieg gegen den Irak mit geringem Risiko für die Angreifer und möglichst ohne größere eigene Verluste zu führen.

Tatsache ist, daß es bisher noch kaum militärischen Kontakt zwischen dem Irak und den USA & Nato gab, obwohl täglich bis zu 6.000 Bombeneinsätze gegen den Irak geflogen werden, und bereits in den ersten 5 Tagen eine Sprengkraft freigesetzt wurde, wie Hiroshima, Nagasaki und alle Luftangriffe auf Dresden während des 2. Weltkrieges zusammen. Die hunderttausenden von Toten, die es bei diesen Flächenbombardements schon gegeben haben muß, oder die vollständige Zerstörung sechs kurdischer Dörfer werden hier verschwiegen.

Das soll das Bild verstärken, daß es sich hier um einen "gerechten" Krieg handelt und um einen Krieg zwischen Gut und Böse; zwischen den "Befreiern Kuwaits" und dem "Irren aus Bagdad", dem "neuen Hitler", wie es in den Medien geschickt vermittelt wird.

Die "arabischen Massen" werden als fanatisch dargestellt, die blind und ohne eigenen Willen einem Führer folgen. Durch diesen Rassismus wird der Völkermord [illegible]en Menschen im Nahen Osten vorbereitet, d[illegible]on





Ebenso werden wir den Krieg am Golf nicht kritiklos hinnehmen.

Zehntausende Jugendliche haben sich in den letzten Wochen gegen diesen Krieg engagiert und sind auf die Straße gegangen. Dieser Krieg ist nicht unser Krieg und wir sehen nicht ein, für die Interessen der Herrschenden zu sterben!

Wie wir merken, hat sich die Berichterstattung in den Medien stark geändert. War die Stimmung am Anfang der Proteste noch von Zustimmung geprägt, so heißt es plötzlich, wir sollten in die Klassen zurückgehen und "die Normalität wahren". Im Klartext: Wir sollen unser Maul halten!

So paßt es zusammen, daß Rosemarie Raab, die Hamburger Schulsenatorin, uns auffordert, nicht mehr den "normalen" Unterricht zu boykottieren, Innensenator Werner Hackmann vor der Beteiligung von "Chaoten" an Anti-Kriegsdemos warnt und uns damit spalten will und die Polizei auf jugendliche KriegsgegnerInnen einprügelt, wie bei der Flughafenblockade am 18.1.91.

Der "High-Tech-Krieg"

Die Medien sind in diesem Krieg -wie auch sonst- eine wichtige Waffe. Zweck der massiven Zensur der ohnehin gleichgeschalteten Medien ist es, ein ruhiges "Hinterland" voller Grabesstille zu schaffen, ohne das die HERRschenden ihre Kriege nicht führen könnten. Durch diesen Propagandakrieg, der hier abläuft, versuchen sie, Widerstand gegen den Krieg im eigenen Land zu verhindern bzw. zu ersticken und die Bevölkerung hier zu dumpfer Gefolgsamkeit zu bringen.

Dazu gehört, daß die Bevölkerung im Unklaren über die Auswirkungen, die dieser Krieg und jeder andere mit sich bringt, gelassen wird, damit nicht wieder über die Bilder in der Presse eine Mobilisierung gegen den Krieg entsteht, wie damals beim Vietnam-Krieg.

der Bevölkerung hier getragen und gebilligt wird, weil sie nicht mehr die Individuen sehen, sondern nur noch eine "minderwertige Masse".

Der Golfkrieg ist kein "Verstoß gegen die Menschenrechte", der vom Himmel gefallen ist, sondern er läuft zusätzlich zu dem Krieg, der permanent gegen die Dritte Welt geführt wird, nur offensichtlicher.


weiter nächste seite

JUGENDINFO-HINTERGRUND

Es gibt keinen Normalzustand, aber den gab es auch vorher nicht, und schon gar nicht in einer "neuen Weltordnung". Täglich sterben allein 40.000 Kinder, das ist, als ob alle 2-3 Tage eine Bombe wie über Hiroshima abgeworfen werden würde. Diese Realität wollen viele nicht an sich heranlassen, weil es bequemer so ist.

Deshalb ist es zynisch, ein schnelles Ende des Krieges zu fordern und stattdessen Wirtschaftssanktionen, an denen letztendlich wieder die Bevölkerung in der Region sterben würde. Der Völkermord würde nach Kriegsende nur lautloser weitergehen, halt ohne Bomben.

Für die Mensche dort ist die einzige Chance, aus dem Elend herauszukommen, ein Leben zu führen, das ihre Interessen vertritt; was weder unter einer Diktatur des Baath-Regimes noch unter einer profitorientierten Marionettenregierung der Westmächte gegeben ist.

Eine kurzfristige Empörung über diesen Krieg ist darum keine Perspektive. Die einzige Möglichkeit ist, langfristig an den Verhältnissen hier etwas zu ändern, die für diese Unterdrückung Bedingung sind.

2-3 Tage eine Bombe wie über Hiroshima

Zum Irak:

Die Baath-Partei, deren Führer im irakischen Teil Saddam Hussein ist, putschte sich 1968 im Irak an die Macht. Aufgrund ihrer zunächst noch unsicheren Herrschaft integrierten sie wesentliche Teile der damals starken Opposition, indem sie Vertreter der IKP (moskauorientierte Stalinisten) und kurdischer Organisationen in die Regierung einbanden. Auf diese Weise gelang es ihnen, die nun isolierte, an Che Guevara orientierte, Guerilla zu zerschlagen. Daraufhin wurden alle Parteien bis auf die Baath-Partei, also auch die Parteien, die vorher mit in der Regierung waren, verboten. Das bedeutete Folter und Ermordung von 200.000 KudInnen und dasselbe für 50-70.000 Oppositionelle; außerdem das Exil von einer Million Menschen, das sind knapp 6% der irakischen Bevölkerung (17 Mio.). Hier werden wieder die uralten Mechanismen der Herrschaftssicherung, Zuckerbrot und Peitsche, Integration und Repression, deutlich.

Gleiche Mechanismen drücken sich auf gesellschaftlicher Ebene aus, durch die Verstaatlichung der Ölquellen wird der allgemeine Lebensstandard etwas angehoben und eine längst überfällige Landreform durchgeführt. Gleichzeitig wird die Gesellschaft durchmilitarisiert, jeder 20. Mensch ist Mitglied eines Repressionsorgans wie Geheimdienst, Polizei und Armee. Die irakische Gesellschaft ist nach der israelischen die durchmilitarisierteste im Nahen Osten.



Es entstand ein Regime, das wegen seiner Stabilität und seiner Unterwerfung unter das Weltwirtschaftssystem einen angenehmen Bündnispartner für die USA, Westeuropa und Japan darstellte.

Am 22. September 1980 griffen irakische Truppen den vermeintlich durch die Revolution geschwächten Iran an und begannen damit einen der längsten und brutalsten Kriege der Geschichte. Der Irak wollte Ölfelder zurückerobern, die er dem Schah von Persien 1975 übergeben hatte, damit dieser die aufständischen KurdInnen im Irak nicht weiterhin unterstützte. Die Regierungen der Ölmonarchien (Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate, Kuwait), finanzierten den Irak über Kredite. Die USA, Westeuropa und Japan lieferten Waffen und bürgten für diese Lieferungen, wie die BRD z. B.

Beide Gruppen von Herrschaftscliquen taten dies mit dem Interesse, die für sie unberechenbare iranische Regierung zu schwächen. Sie sorgten jedoch auch mit Waffenlieferungen an die Gegenseite dafür, daß kein Land gewinnt, denn das hätte auch nicht in ihrem Interesse gelegen.

Warum gab das irakische Regime den Befehl, in Kuwait einzumarschieren?

Der Krieg Irak-Iran kostete Hunderttausende das Leben, und er kostete viel Geld, das sich der Irak unter anderem auch von den Herrschern Kuwaits leihen mußte. Der Irak war und ist hochverschuldet, und um an Geld zu kommen, wurde der Einmarsch in Kuwait befohlen. Das Regime hätte sich auch über den IWF und die Weltbank noch höher verschulden können. Das hätte jedoch Hunger und Not für die Bevölkerung bedeutet und weniger Geld für das Regime. Die Herrschaft Saddams wäre somit stark geschwächt worden.

DER GERECHTESTE KRIEG ALLER ZEITEN!

Zur Rolle der USA und anderer Kriegstreiber

Vorweg: Es ist höchst wahrscheinlich, daß die USA wußten, was Saddam vorhatte. Mensch denke nur an die vielen Geheimdienste und deren technische und finanzielle Möglichkeiten. Warum die Washingtoner Strategen nicht eingriffen, könnte nach dem Ende des Krieges sehr klar werden. Die USA werden dort dauerhaft Soldaten stationieren, und sie haben schon jetzt einige arabische Regierungen enger an sich gezogen. Darüber aber mehr im nächsten Info. Bis dahin werden wir genauer recherchieren.

Den USA und ihren Verbündeten geht es bei ihrem Krieg gegen den Irak nicht um Demokratie oder Menschenrechte. Diese Werte treten sie mit den Füßen in ihrem Land und weltweit je nach Interessenlage und Möglichkeit mehr oder weniger heftig. Einige Beispiele dafür: Verfolgung der Indianer-Innenbewegung und der linken Opposition in den USA, Unterstützung zahlreicher Diktatoren, Militärüberfall auf Panama, Grenada, Vietnam...

IMPRESSUM



Das Hamburger Antifa-Jugendinfo wird von der Antifa-Jugendfront Hamburg herausgegeben und von engagierten AntifaschistInnen verteilt. Gegen einen Abdruck in SchülerInnen- oder Jugendzeitungen haben wir natürlich nichts einzuwenden - GEGEN ZUSENDUNG EINES BELEGEXEMPLARS! (Gilt auch für Meiendorf!)

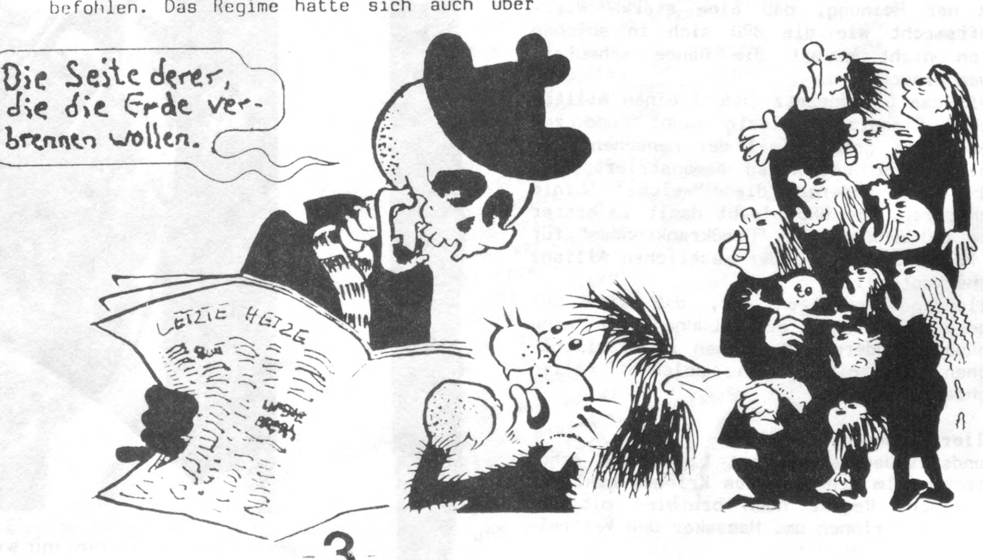
Das Info erscheint unregelmäßig als Eigendruck im Selbstverlag.

V.i.S.d.P.: Sven Hansen, Paulinenstraße 15, 2000 Hamburg 36.

Kuwai

Kuwait war eine Monarchie. In Kuwait durften z.B. nur 4% der Männer wählen; Frauen überhaupt nicht. Dazu kommt, daß in Kuwait ausschließlich Menschen aus anderen Ländern unter ganz üblen Bedingungen (7-Tage-Woche zum Beispiel) arbeiteten. Sie mußten sich die Arroganz des Geldes gefallen lassen. In Kuwait lebten einige 10.000 Menschen in Reichtum, während die Bevölkerung der anderen arabischen Länder Mangel erleiden muß.





Es geht den USA nicht nur um das Öl, denn das hätte das irakische Regime auch verkaufen müssen. Jedoch hätte der Irak den größten Teil der Ölgewinne im eigenen Land investiert und nicht wie Kuwait vor allem in den USA, Japan und in Westeuropa angelegt, sprich auf dem internationalen Finanzmarkt. So flossen bisher die Dollars aus Kuwait zurück: Das wird Reinvestition der Petrodollars genannt. Es ist anzunehmen, daß ohne diese Reinvestition, die auch von Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten betrieben wird, die kapitalistische Weltwirtschaft stark geschwächt wäre. Der Irak würde dies nicht so stark betreiben, da es ihm wichtiger ist, seine eigene wirtschaftliche Abhängigkeit gegenüber den westlichen Ländern zu mindern. Auch das ist den USA ein Dorn im Auge. Die USA wollen die Reinvestition der Petrodollars aufrechterhalten. Selbstverständlich wollen die USA auch langfristig über die Ölvorräte bestimmen. Sie sind auch an einem niedrigen Ölpreis interessiert, denn der ist für die Wirtschaft immer gut.

Schließlich gibt es noch einen sehr wichtigen Grund, warum dieser Krieg geführt wird. Die USA wollen ein Exempel statuieren, damit nicht andere Regime versuchen, sich durch ihr Militär Gebiete einzuverleiben, um Schulden abzuzahlen, die diese Länder nur aufgrund der kapitalistischen Weltordnung haben. Damit wollen die USA klarmachen, daß sie die Macht Nr.1 sind, auch Westeuropa und Japan soll das klargemacht werden. Nur die USA haben das Recht, ihr Militär nach Belieben einzusetzen.

Die britische Regierung ist nicht ohne Grund Kriegstreiberin Nr.1 in Europa. Großbritannien hat mit Saudi-Arabien, eine Ölmonarchie ähnlich wie Kuwait, einen Waffenliefervertrag seit 1988 über 182 Mrd. Pfund. Saudi-Arabien hätte der nächste Staat sein können, den sich der Irak einverleibt. Dieser Waffenvertrag ist fast lebenswichtig für G.B., denn die britische Industrie ist zu 80% auf militärische Produkte ausgerichtet. Und durch das "Ende" des kalten Krieges wurde es immer schwieriger, Absatzmärkte zu finden.

Die Rolle der BRD in diesem Spielchen ist nicht ganz so einfach. Zumal unsere PolitikerInnen sich nicht einmal untereinander einig sind, welche Linie sie einschlagen wollen.

Da gibt es zum einen die CDU/CSU-Linie, die am liebsten die deutschen Großmachtansprüche durch hartes militärisches Eingreifen unterstreichen möchte; zum anderen die modernen aufgeklärten KapitalistInnen. Die sind der Meinung, daß eine starke Wirtschaftsmacht wie die BRD sich in solchen Fällen nicht selbst die Hände schmutzig machen braucht.

Weil das Grundgesetz (noch) einen militärischen Einsatz schwierig macht, und zum anderen ein großer Teil der Menschen hier bereits gegen den Krieg demonstriert hat, wird sich vorerst die "weiche" Linie durchsetzen. Die BRD bleibt damit in erster Linie Geldgeberin und "Großkrankenhaus" für die kämpfenden Teile der westlichen Allianz (siehe Kasten).

Allerdings schätzen wir, daß sich auf längere Sicht die Bestrebungen für eine Grundgesetzänderung zugunsten eines militärischen Eingreifens in solchen Fällen durchsetzen werden.

Einige Kriegskrüppel verweigerten nähere Angaben, andere Verletzte, insbesondere die ganz grauenhaft verstümmelten, ließen sich nicht photographieren, weil sie fürchteten, daß ihre Angehörigen, die sie bisher noch nicht wiedergesehen haben, beim Anblick ihres Elendes zusammenbrechen oder sich für immer voll Ekel und Entsetzen von ihnen abwenden würden.

VerliererInnen des Krieges

Hunderttausende sterben bzw. sind schon gestorben. Im Schatten des Krieges geht das israelische Regime noch brutaler mit den PalästinenserInnen um. Massaker und Vertreibungen werden erwartet.

Die türkische Regierung unter Özal nutzt den Krieg, um von der erstarkten ArbeiterInnenbewegung abzulenken. Es drohte immerhin ein Generalstreik.

Zum zweiten nutzt Özal die Chance, den Terror gegen den kurdischen Widerstand, der für ein freies und unabhängiges Kurdistan kämpft, zu verstärken. Grenznahe Ortschaften werden bewußt angegriffen. Die türkische Regierung hat den amerikanischen Bomberpiloten erlaubt, nach Angriffen auf irakische "Ziele" die nicht eingesetzten Bomben, die vor der Landung abgeworfen werden müssen, im kurdischen Gebiet niedergehen zu lassen. Es ist bekannt, daß sich gerade dort viele irakische Flüchtlinge -meist Frauen und Kinder- aufhalten. "Zufällig" wurden dabei auch Stellungen der PKK, die in den Bergen militärischen Widerstand gegen die türkische Armee leistet, bombardiert. Über die Anzahl der Opfer in der Zivilbevölkerung kann nur spekuliert werden, sie dürfte aber in die Hunderte gehen.

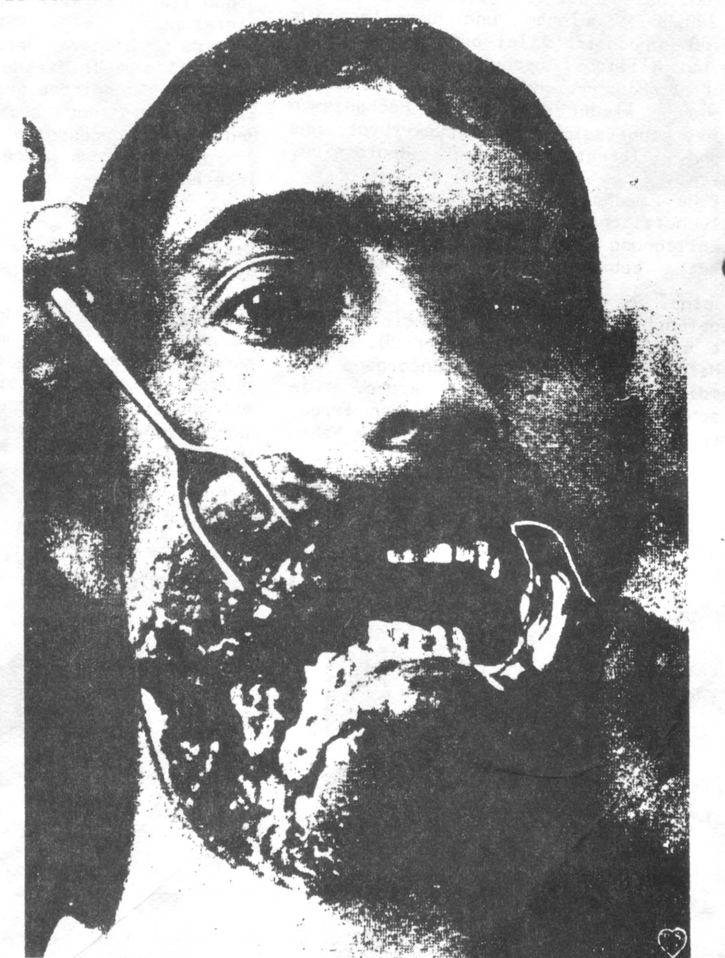
Kritik braucht Özal nicht zu fürchten, denn die BRD und die Nato-Länder haben traditionell gute Beziehungen. Die BRD ist daran interessiert, eine Scheindemokratie aufrecht zu erhalten (in der Türkei wurde immer schon gefoltert usw.), um im "Bedarfsfall" türkische Menschen dorthin abzuschieben, ohne Probleme zu bekommen.

Es wird eine ökologische Katastrophe in Kauf genommen, die unberechenbar ist, und an deren Folgen noch einmal 100.000de sterben können.

Noch etwas: Dieser Krieg kann zwar militärisch gewonnen werden, aber die Probleme werden damit nicht gelöst. Was soll mit der kurdischen, irakischen und palästinensischen Bevölkerung geschehen? Im Irak wird es kaum jemanden geben, der mit denen zusammenarbeitet, die Tausende umbringen und das gesamte Land ins Elend bomben ließen.

Solange US-Soldaten dort sind und es nicht den Völkern überlassen wird, ihre Probleme selber zu lösen, wird es dort Krieg geben. Was für eine Art von Krieg, ist eine andere Frage.

Zu noch etwas wird dieser Krieg benutzt. Die ganz normale Schweinerei in dieser Weltordnung wird unter den Tisch gekehrt; und der Krieg wird wahrscheinlich dazu benutzt, die Gründe kommender Wirtschaftskrisen zu verschleiern. Wieder einmal wird davon abgelenkt, daß Hunger und Krieg nicht einzelne Fehler des Systems sind, sondern daß dies logische Konsequenzen des Systems sind!



»Der Krieg bekommt mir wie eine Badekur.« (Hindenburg.)

DER GERECHTESTE KRIEG ALLER ZEITEN!

INFO

Antiamerikanismus...

Es war einmal, zu Beginn des Krieges, da rieben wir uns alle verwundert die Augen, denn die Welt war nicht mehr so, wie wir sie kannten. Ganz auf einmal schien die ganze Welt auf unserer Seite zu sein, und alle Menschen protestierten gegen den drohenden Krieg. Selbst das konservative "Abendblatt" druckte einen (gesetzlich verbotenen) Aufruf zur Desertion: Wolfgang Borcherts Gedicht "Sag Nein!" Und als der Weltkrieg begann, hatten wir trotz aller Angst und Wut wenigstens das Gefühl, nicht alleine zu sein. Es waren Hunderttausende, die auf die Straßen zogen.

Aber die Welt ist bekanntlich nie für längere Zeit schön. Wir hätten das wissen müssen. Und richtig: Als die weltweit anerkannten moralischen Instanzen der Boulevardblätter und Hurra-PatriotInnen uns "Antiamerikanismus", "Antisemitismus" und "Feigheit" vorwarfen, hatten viele von uns auf einmal nichts eiligeres zu tun, als laut und deutlich kundzugeben, wie böse doch Saddam Hussein und wie gerecht doch George Bush sei; und daß es ja nur darum ginge, daß Krieg kein Mittel der Politik sein solle.

Dabei verkennen sie etwas ganz grundsätzliches: In diesem Krieg gibt es keine gute Seite!

Weder ist Saddam Bush der Beschützer eines kleinen, überfallenen Landes, noch ist George Hussein ein antiimperialistischer Feldherr gegen die Vormachtansprüche der USA. Beide sind einfach nur machtgeile Politiker, denen es einen Dreck um Menschen geht. Sie wollen beide nur Herrschaftsansprüche durchsetzen. Aber gerade deswegen sind die richtigen Adressaten für unseren Protest die USA und die westliche Allianz!

Seit Jahren ist der Nahe Osten ein Pulverfaß, in dem den Großmächten dauernd die Kontrolle zu entgleiten droht. Aus diesem Grunde unterstützen die hiesigen Herrschenden ziemlich opportunistisch jeweils die Diktatoren, deren Politik ihnen gerade in den Kram paßt. Hussein galt als



Die Badekur der Proleten: Fast das ganze Gesicht weggeschossen.

Stoppt den Rüstungsexport!

KOMMENTAR

Bollwerk gegen den fundamentalistischen Iran, also schusterten sie Waffen und Giftgas hinein, was das Zeug hielt. Daß er mit eben diesen Waffen auch gegen die eigene Zivilbevölkerung vorging, daß er ein beispielloses Terrorregime aufbaute, das kümmerte sie wenig. Nun allerdings wird er ihnen zu frech, und sie gehen militärisch gegen ihn vor. Das heißt, sie gehen natürlich nicht selber, sondern schicken uns, ihre nützlichen Idioten. Und genau da ist unser Ansatzpunkt.

Mit unseren Protesten können wir diesen Krieg nicht verhindern. Aber wir können und müssen jetzt klarmachen, daß wir nicht mehr bereit sind, ihr blutiges Spiel mit kleinen Diktatoren mitzuspielen! Schon jetzt unterstützen die Staaten der Allianz den nächsten Diktator, Syriens Staatschef Assad, der Hussein an Brutalität kaum nachsteht. Auch er ließ seine eigene Zivilbevölkerung bombardieren und ermorden, um Aufstände niederzuschlagen. Das ist unseren ach so demokratieliebenden HerrscherInnen egal - seine Politik paßt uns gerade in den Kram, er steht gegen den Irak, also 'rein mit Waffen und Geld! Damit ist der nächste Golfkonflikt praktisch schon vorprogrammiert. Wir sollten jetzt endlich aufstehen und sagen: Wir werden uns nicht mehr die Ärsche wegschießen lassen, während ihr fett und faul auf euren sitzt und euer durch Massenmord verdientes Geld verpraßt.

Vielleicht können wir euch nicht daran hindern, Menschen wie uns in anderen Teilen der Welt ermorden zu lassen. Aber wir können uns weigern, die Suppe auszulöffeln, wenn euch die Sache wieder einmal in die Hose geht. So richtig es auch objektiv sein mag, Saddam Hussein Kriegstreiberei vorzuwerfen: Im Gesamtzusammenhang ist jede Parole gegen Hussein hier eine Parole für den Krieg! Weil sie unsere herrschende Klasse in ihrem Weg bestätigt.

Und die Vorwürfe, wir hätten bei den Waffenlieferungen an den Irak auf die Straße gehen sollen? Der kommt interessanterweise gerade von denen, die eben diese Lieferungen immer verschwiegen haben. Wir sind auf die Straße gegangen! Wir haben uns die Kehle wundgeschrien! Die Reaktion der Springerpresse war damals, uns als "Chaoten" zu diffamieren. Wer auf das heuchlerische Geplärre dieser SchreibtischtäterInnen ernsthaft eingeht, macht sich selbst lächerlich!

Feige? Natürlich sind wir feige, liebe "Sun"! Unsere Träume und unsere FreundInnen sind uns zu wichtig, als daß wir sie den höchst privaten Machtfehden der herrschenden Klasse opfern würden. Wenn das feige ist, sind wir gerne feige, und stolz darauf, es zuzugeben! In diesem Sinne: Gegen Amerika und die "freie Welt"!

DER GERECHTESTE KRIEG ALLER ZEITEN!

KURZ info



Libertäres Regional-

Aktuell wie immer...: am Donnerstag, d. 28.2. findet in Aumühle ein öffentliches Soldatengelöbnis. Wir wollen die jungen Helden beglückwünschen! Treffen 18 Uhr Bhf. Aumühle. Bringt mit, was Krach macht. Bis denne!

INFOS

Eigentlich wollten wir in dieser Ausgabe auch noch einen Überblick über die weltweiten Aktionen gegen den Krieg bringen. Leider ist uns dies aus Platzgründen nicht möglich gewesen.

Wenn ihr (also) nähere Infos zu dem einen oder anderen Thema haben wollt, dann schreibt uns, wir schicken Euch dann eine Infosammlung zu.

o

Seid bloß vorsichtig, wenn Ihr unter der Telefonnummer 410 35 82 beim HWP-Aktionsbüro anruft, um Verstecke für amerikanische oder türkische Deserteure anzubieten. Das ist verboten! Das gleiche gilt natürlich auch für öffentliche Aufrufe zur Desertion. Macht das bloß nicht!

o

Eine üblere Sache: Wie von kurdischen Flüchtlingen aus dem Iran rüberkam, fand eine der ersten Protestaktionen gegen den Krieg noch vor Beginn in Bagdad statt. Alle TeilnehmerInnen sind inzwischen von Husseins Schergen ermordet worden.

o

Pech haben die britischen Soldaten, die in wüstentechnisch höchst unpraktischen olivfarbenen Uniformen schwitzen und kämpfen müssen. Ihre sandfarbenen Uniformen wurden 1986 vom britischen Verteidigungsministerium verkauft; und zwar an den Irak.

o

Ansonsten gibt es noch eine Menge Orte, an denen Ihr Euch weiter informieren könnt.

HWP-Infobüro Uni-Campus
Von-Melle-Park 3
410 35 82

Anti-Kriegsbündnis
c/o GAL
Bahrenfelder Str. 244

Infoladen Schwarzmarkt
Paulinenstraße 15
2 HH 36

SchülerInnen-Aktionskomittee gegen den Golfkrieg, SchülerInnenkammer, Brucknerstr. 1, 2 HH 76, 040/2984-2634

16.1.
Boston: 17 Festnahmen bei Autobahnblockade. 100 Festnahmen am Federal Building.
New York: Abends Demo zur Uno, zum Times Square und Blockade der Brooklyn Bridge mit 5.000 Leuten - Studis, Schwarze, Latinos.

17.1.
Boston: Demo von 3.000 Studis.
Chicago: Kundgebungen auf allen Uni-Campussen. Demo mit 4.500 Leuten zum Federal Building.
San Francisco: Viel Randale. Vollständige Blockade des Federal Building und der Börse, ca. 1.000 Festnahmen. San Francisco und Berkeley werden von den Stadträten zu Zufluchtorten für Kriegsdienstverweigerer erklärt.
Austin, Texas: Eine Gruppe namens Youth against Militarism ruft zur Demo auf, und die Innenstadt wird blockiert.
Santa Cruz, Kalifornien: Uni von Studis geschlossen.
New Orleans: Demo mit 3.000 Leuten, amerikanische Flagge verbrannt.

Cincinati: Demo mit 4.000 Studis von der University of Cincinnati.
Cleveland: 1.000 Leute blockieren die Konzernzentrale von BP.
Washington DC: morgens um 5 sind wieder 1.200 Menschen vor dem Weißen Haus, u.a. aufgerufen vom African American Students Network. Harter Bulleneinsatz, zig Festnahmen.
Los Angeles: Blockade des Federal Building mit 4.000 Leuten, ständige Proteste.
New York: Protest am Uno-Gebäude mit 3.000 Leuten, gescheiterter Versuch, das Gebäude zu stürmen, während drinnen der Sicherheitsrat tagt.
Detroit: Demo von 1.000 Studis von der University of Michigan in Dearborn und vom Henry Ford Community College.

19.1.
San Francisco und Washington, DC: Großdemo mit jeweils über 100.000 Leuten.
Madison, Wisconsin: Jeden Abend zur rush hour legen ca.2.000 Leute den Verkehr lahm.
Boston: so ähnlich
Talahassee, Florida: Aktionen, genaueres nicht klar.
Santa Fe, New Mexico: viele Demos, auffällig viele SchülerInnen.
Seit August ist in Seattle ein Park in einem "Peace Work Park" umfunktioniert worden.

Allgemeines: Auf Demos laufen auch Geschäftsleute mit Schlips rum. In New York gibt es autonome Gruppen mit härteren Aktionsformen, die von vielen anderen scharf abgelehnt werden. Politische Probleme: Der größte Teil der Bewegung versteht sich als reine Anti-Kriegs-Bewegung, d.h., ist für Sanktionen gegen Irak zu haben, während nur ein kleinerer Kern prinzipiell gegen die US-Politik ist. Hauptpropaganda-Instrument der US-Medien ist eine Dolchstoßlegende: die Antikriegsbewegung würde die Amisoldaten am Golf im Stich lassen. Daher sieht sich die Bewegung unter Druck zu erklären, daß sie nicht gegen die Soldaten selbst sind (Quelle: v.a. New Liberation News Service).

Schöner Wohnen - Hafenstraße

Zu Beginn der 80er Jahre wurden in ganz Deutschland leerstehende Häuser besetzt. In vielen Städten wurde diese Bewegung von "mobilen Einsatzkommandos", Bundesgrenzschutz (BGS) und Polizei zerschlagen. So ist auch die Hafenstraße von zahlreichen Angriffen der HERRschenden PolitikerInnen gekennzeichnet, die nun schon seit ast zehn Jahren versuchen, mit allen Mitteln die Häuser abzureißen und die BewohnerInnen aus dem Hafen zu vertreiben.

In der Hafenstraße versuchen Menschen, ihren Alltag bewußter zu gestalten; jenseits von Anpassung und gesellschaftlichen Normen zu einem gemeinsamen, freien Leben zu finden. Wir halten die Hafenstraße für sehr wichtig, da der Kampf für selbstbestimmtes Leben auch unser Kampf ist. Besetzte Häuser und gemeinsames Wohnen sind ein Stück Verwirklichung unserer Utopien. Es geht eben nicht nur darum, "Gegen Nazis" zu sein, sondern auch, wirkliche Alternativen aufzuzeigen; daß es eben doch funktioniert, wie wir uns HERRschaftsloses Leben vorstellen. Die 130 Menschen leben nicht aneinander vorbei, sondern versuchen, gemeinsam gegen die Probleme anzugehen, die es natürlich auch in der Hafenstraße gibt, seien es Drogen oder Gewalt gegen Frauen. Die Hafenstraße ist kein nach außen abgeschotteter Komplex, sondern will offen sein für alle, die ihre Vorurteile wegschieben undbedroht sind, wie die Roma und Cinti, die abgeschoben werden sollten und dort erstmal bleiben konnten.



Am 15.05.90 wurde die Hafenstraße vom BKA, insgesamt 3000 Polizeibeamte, Bundesanwaltschaft und BGS systematisch durchkämmt, um angeblich zwei Menschen festzunehmen, die der RAF angehören sollen. Später gab Lochte selber zu, daß die zwei Personen nicht das Ziel der Durchsuchung waren. Es sollten ausschließlich Beweismaterialien beschlagnahmt werden, die darauf hinweisen sollen, daß die Zentrale der RAF in der Hafenstraße sitzt. Es wurden Stadtpläne mitgenommen, die, so der Bundesgerichtshof, "Markierungen aufweisen, die eine räumliche Nähe zu Wohnsitzen und/oder Arbeitsstätten von Politikern und Industriellen aufweisen. Ob es sich bei diesen Plänen um Ausspähungsunterlagen für eventuelle terroristische Anschläge handelt, ist Gegenstand der andauernden Ermittlungen."

Nachdem die mietrechtlichen Kündigungsprozesse, das Sicherheits- und Ordnungsgesetz alleine eine Räumung nicht ermöglichen könnten, wurde die Lüge mit der "RAF in der Hafenstraße" ausgebaut, durch die Behauptung "die Zentrale der RAF sitzt in der H.". Zum einen, um durch die Kriminalisierung der BewohnerInnen die Räumung voranzutreiben, zum anderen, um die Räumung vor der Gesellschaft vertretbar zu machen.

"Herr" Lochte und die Bundesanwaltschaft wissen selber, daß dies nur eine Lüge ist. Es gibt keine Zentrale der RAF - schon gar nicht in der Hafenstr., denn welche/r "TerroristIn" ist schon so "schlau", sich am bestbewachten Ort Hamburgs aufzuhalten.

Ebenso ist es absurd, Menschen anhand von Markierungen in Stadtplänen der RAF zuzuordnen oder anhand von anderen Kriterien, die der Verfassungsschutz aufbaut, wie z.B. gefälschter Paß, Leben in der Illegalität. Diese Lüge braucht der Senat aber, um die intolerante und gewalttätige Linie als Rechtsstaat zu verkaufen.

Genauso wie das RAF-Konstrukt ist auch das Räumungsurteil, das am 7.1.91 gefällt wurde, völlig haltlos. Voscheraus Sylvesterversprechen, die Hafenstraße bis zum 2. Juni geräumt zu haben, entspricht einer Vorverurteilung, die massiv Einfluß auf den Verlauf des Prozesses hatte. Farbbeutel auf den Mantel eines pöbelnden Betrunkenen sowie angebliche Überfälle auf Polizisten aus den Häusern heraus, wo GegenzeugInnen im Prozeß aus formalen Gründen nicht mal zugelassen wurden, sollen als Räumungsgründe herhalten. Dabei ist -nach ihrem Recht- das Urteil des Landgerichts keine Grundlage für die Räumung, "... denn es richtet sich gegen den Verein Hafenstr. als Pächter, nicht gegen die tatsächlichen BewohnerInnen. Entgegen der Behauptung der Hafenrand GmbH enden die Mietverträge zwischen Verein Hafenstraße und BewohnerInnen nicht automatisch durch das Landgerichtsurteil" (Mieter helfen Mietern). Sollten Wohnungen geräumt werden, müßten zunächst gerichtliche Räumungsurteile gegen jede/n einzelne/n BewohnerIn erstritten werden. Das würde aber vor den Bürgerschaftswahlen gar nicht mehr durchführbar sein; ein beredtes Beispiel für die "Rechtsstaatlichkeit" der sog. RechtsstaatsverfechterInnen. Aufgrund eines zehn Jahre alten Bebauungsplans, der längst überholt ist, könnten Abrißverfügungen erwirkt werden, die kurz vor einer Räumung den BewohnerInnen zugestellt werden würden. So könnte der Senat Räumung und Abriß fast zeitgleich durchführen. "Rechtlich zulässig wäre ein solches Vorgehen nicht. Denn Abrißverfügungen müssen städtebauliche Gründe haben und dürfen nicht für polizeiliche und andere politische Zwecke als Vehikel mißbraucht werden." (Mieter helfen Mietern).

Wir unterstützen die BewohnerInnen in ihrem Kampf um den Erhalt ihres Lebenszusammen-
Hasenstrafe

Wir unterstützen die BewohnerInnen in ihrem Kampf um den Erhalt ihres Lebenszusammenhangs sowie die Forderungen des Initiativkreises für den Erhalt der Hafenstraße:

- -keine Räumung, kein Abriß
- -keine weiteren, Gewlttätigkeiten des Hamburger Senats gegen die BewohnerInnen, Nachbarn, FreundInnen und UnterstützerInnen der Hafenstraße.
- -vertragliche Übereignung aller Häuser auf den "Verein Hafenstraße". Das heißt, daß die "Hafenrand GmbH" aufgelöst wird. Sie wurde lediglich gegründet, um den Abriß der Häuser durchzuführen und abzuwickeln. Ihr Stamm- und Gesellschaftskapital soll auf den Verein übertragen werden
- -Freigabe der ursprünglich von Senat und Bürgerschaft zugesagten Sanierungsgelder in Höhe von noch ausstehenden 3,5 Mio. Bisher wurden schon zahlreiche Reparaturen und Instandsetzungen von den BewohnerInnen in Eigenleistung durchgeführt.
- -Änderung des z.Zt. gültigen Bebauungsplans St.Pauli 35, der Gewerbe- und Geschäftshäuser anstelle der Häuser vorsieht
- -Freigabe des Grundstücks neben dem Haus Hafenstr. 106 zur Gestaltung als Spielplatz und als genehmigter Bauwagenplatz.

Artikel hin und her - wenn Ihr Euch jetzt überhaupt ne Meinung über die Hafenstr. bilden wollt, geht Ihr eh am besten selber hingucken und redet mit den Leuten da. Das macht erheblich besser klar, warum wir das Teil unterstützen.



Jeden Samstag ab 17 Uhr wird im Ahoi n Film über Razzia und "Stern"-Besetzung gezeigt, wens interessiert. Guckt ruhig ma rein, schaden kanns ja nix.



Antifaschistisches Telefon

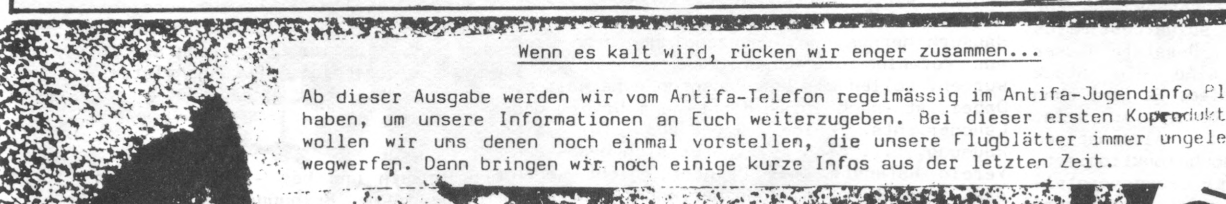
• ruft an, •
Informiert uns
432187
Mittwoch 19 Uhr bis 21 Uhr

Postkontakt:
Antifaschistisches Telefon
c/o Schwarzmarkt, Paulinenplatz 15
2000 Hamburg 36.

Wißt Ihr von Bedrohungen durch Faschisten?
Habt Ihr Bedrohungen/Angriffe von Nazis mitbekommen, oder wart selber davon betroffen?

Wißt Ihr von faschistischen Aktivitäten?
Wo verteilen sie ihre Propaganda, wo ihre Plakate und Flugblätter und in welchen Stadtteilen treten sie öffentlich in Erscheinung? Wo und wann halten sie Ihre Treffen und Übungen ab?

Wißt Ihr von Rassismus in öffentlichen Einrichtungen?
Kennt ihr Hamburger Kneipen, Discos... in denen Menschen wegen ihrer dunklen Hautfarbe und ihres Aussehens nicht reingelassen werden? Wißt Ihr von rassistischen Praktiken auf Behörden (Polizei, Sozialamt...), bei Maklern und Vermietern?



Wenn es kalt wird, rücken wir enger zusammen...

Ab dieser Ausgabe werden wir vom Antifa-Telefon regelmässig im Antifa-Jugendinfo Platz haben, um unsere Informationen an Euch weiterzugeben. Bei dieser ersten Koproduktion wollen wir uns denen noch einmal vorstellen, die unsere Flugblätter immer ungelesen wegwerfen. Dann bringen wir noch einige kurze Infos aus der letzten Zeit.

Wozu ein antifaschistisches Telefon?

Um die alten und neuen Nazis wirkungsvoll bekämpfen zu können, brauchen wir Informationen über deren Aktivitäten und Treffpunkte. Wir vom Antifa-Info-Telefon sammeln solche Informationen, um sie zu veröffentlichen. Das allerdings auch erst, nachdem wir mit dem/der Betroffenen gesprochen und/oder die Informationen überprüft haben.

Allein durch die Verbreitung dieser Informationen schränken wir die Bewegungsmöglichkeiten der FaschistInnen stark ein, auch kann jede/r mit ihren/seinen Möglichkeiten dazu beitragen, sie in die Defensive zu drängen oder Leute aus faschistischen Gruppen herauszulösen.

Neben den offenen FaschistInnen gibt es eine Menge von Leuten, die rassistisch sind. Werden rassistische Praktiken von Behörden, Polizei usw. von uns hingenommen, so bleiben diese Machenschaften im Verborgenen und können sich ungestört entfalten. Wir wollen die TäterInnen und deren Hintergründe ans Licht bringen, um ihnen unsere Solidarität entgegenzusetzen.

Bisher unternahmen viele nichts gegen Schikanen, Diskriminierung und Verfolgung, weil ihnen Verbindungen und Informationen fehlten, und sie alleine keine Möglichkeit sahen, sich zu wehren. Das Antifa-Info-Telefon ist ein Versuch, dies zu ändern. Weiterhin bietet das Antifa-Info-Telefon die Möglichkeit, Termine auszutauschen und Tips und Anregungen zu geben (Veranstaltungs- und Ausstellungskalender, Literaturhinweise, Feste, Verhinderungsaktionen...).

Es ist noch wichtig, anzumerken, daß wir kein Notruftelefon und natürlich keine "Einsatzzentrale" sein können und wollen. Was wir wollen, ist, einen Beitrag zur "Hilfe zur Selbsthilfe" zu leisten.



In Göttingen haben Faschos in der Sylvesternacht einen 21jährigen mit Messerstichen und Fußtritten brutal ermordet. An anderen Orten in der Umgebund wurden mehrere Menschen zusammengestochen und geschlagen. Im Januar hat dazu eine bundesweite Demo stattgefunden. Inzwischen (Ende Januar) sind sieben Fascho"skins" wegen des Mordes und der weiteren Terroraktionen verhaftet worden. Nachdem jahrelang in Göttingen faschistischer Terror von Polizei und Staatsanwaltschaft geduldet bis gefördert wurde, scheint es jetzt Ermittlungsverfahren zu geben: wegen des Mordes (offiziell: gemeinschaftlicher Totschlag) gegen Oliver Simon und Sven Scharf, beide 17 und stadtbekannte Neonazis aus der Szene um den FAPler Pollacek. Sie sind bei verschiedensten faschistischen Aktionen und Überfällen immer wieder dabei gewesen: Wunsiedel Demo, Überfall auf's Juzi, Gasangriff auf Antifa-Zeugen bei einem Prozeß, Säureanschlag auf Punks, Angriff mit einer Axt, Wehrsportübungen usw. Gegen die fünf anderen Faschos läuft ein Verfahren wegen gemeinschaftlicher schwerer Körperverletzung.

*

Den für den 18.1. angekündigten Faschoaufmarsch kann mensch wohl eher als Flop abhaken. Für diesen Tag hatte eine "Initiative der Deutschen Freundeskreise/Deutschlandbewegung" einen Fackelzug angekündigt. Bei der sog. Initiative handelt es sich um eine Tarnorganisation der REP's, die allerdings auch Verbindungen zu offen militanten FaschistInnen aus dem FAP/Nationale Front - Umfeld hat. Das Ganze sollte anläßlich des "120. Jahrestages der Gründung des deutschen Reiches und im Gedenken der seit 45 Jahren unter fremder Besatzung lebenden Volksangehörigen im Osten" stattfinden.

Hinter dieser Formel versteckt sich der Anspruch, daß Teile der jetzigen Gebiete Polens und der Sowjetunion Teile eines immer noch bestehenden "Deutschen Reiches" sein sollen. Die deutschstämmigen Minderheiten in diesen Gebieten sollen zur Rechtfertigung dieses Anspruchs dienen. Dies ist eine versteckte Aufforderung zu einem Krieg mit den osteuropäischen Nachbarstaaten.

Daß sich die FaschistInnen mit ihrer Kriegspropaganda gerade zu einem Zeitpunkt auf die Straße trauen wollten, zu dem die restliche Menschheit ihren Protest gegen den Krieg besonders stark ausdrückte, zeugt von einer selten grossen Dreistigkeit. Aber diese Dreistigkeit wurde ihnen dann zum Verhängnis. Zum verabredeten Treffpunkt der FaschistInnen kamen nur 30-40 Leute, die zum Großteil auch noch sehr jung waren. Das Durchschnittsalter lag wohl bei 15, 16 Jahren. Dieser verlorene haufen sah sich aber einer für sie äußerst unangenehmen Situation gegenüber:



Zum gleichen Zeitpunkt versammelten sich auf dem Stephansplatz etwa 350 AntifaschistInnen Mehr waren in der kurzen Zeit, seitdem der geplante Aufmarsch bekannt geworden war, nicht mehr zu mobilisieren. Außerdem waren viele Leute damit beschäftigt, die gesamte Innenstadt lahmzulegen, wegen der Bombardierung Bagdads, die einen tag vorher begonnen hatte.

Der Gegendemonstration wurde zwar durch ein massives Polizeiaufgebot verwehrt, in die Innenstadt zu gelangen und damit die Strecke der FaschistInnen direkt zu blockieren. Der Demonstationszug wurde in Richtung Uni-Viertel abgedrängt, wobei fast genauso viele PolizistInnen wie DemonstrantInnen auf der Straße waren. Der versprengte Haufen Jungfaschos traute sich trotzdem nicht los, da die Polizei ihnen nicht garantieren konnte, daß sie nicht doch auf eine der zahlreichen Anti-Golfkriegs-Demonstrationen stossen würden, die keinen Bock auf ihre revanchistische Hetze hat. Die Lage war auch für die Polizei nicht besonders übersichtlich. Also zogen es die FaschistInnen vor, ohne Demonstration wieder nach hause zu fahren.